# Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

## Hinweise zur Datenverarbeitung im Rahmen der Sozialhilfe und im Rahmen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Amt Krempermarsch
Der Amtsvorsteher
Birkenweg 29
25361 Krempe
Deutschland
Telefon: 04824 38900
Fax: 04824 389010
E-Mail: info@amt-krempermarsch.landsh.de

Interner Datenschutzbeauftragter
Amt Kellinghusen
Michaela Kinzel
Hauptstraße 14
25548 Kellinghusen
Deutschland
Telefon: 0482239126
E-Mail: datenschutz@amt-kellinghusen.de

# Verantwortlichkeiten

Amt Krempermarsch
Der Amtsvorsteher
Birkenweg 29
25361 Krempe
Deutschland
Telefon: 04824 38900
Fax: 04824 389010
E-Mail: info@amt-krempermarsch.landsh.de

# Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Michaela Kinzel
Hauptstraße 14
25548 Kellinghusen
Telefon:04822-39 126
E-Mail: datenschutz@amt-kellinghusen.de

# Kurzbeschreibung

Wir kommen der Informationspflicht gem. Art. 13,14 DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten.Ihre notwendigen personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben werden stets im Einklang mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken

Pflicht zur Bereitstellung der Daten Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SBG I) hat, wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Sie haben daher alle Daten preiszugeben, die benötigt werden, um im Rahmen des Sozialhilfeverfahrens Ihren Bedarf an Sozialleistungen festzustellen, über die Beteiligung anderer Rehabilitations- und Leistungsträger zu entscheiden, die Gewährungsvoraussetzungen der infrage kommenden Leistungen zu prüfen und die Leistungen zu erbringen. Wenn Sie Daten, die für die Leistung erheblich sind, nicht preisgeben und dadurch die Aufklärung des Sachverhaltes erheblich erschwert wird, kann die Leistung ohne weitere Ermittlungen ganz oder teilweise, bis die Mitwirkung nachgeholt wurde, versagt werden, soweit die Leistungsvoraussetzungen nicht nachgewiesen werden. (§66 Abs. 1 Satz 1 SGB I).

# Zweck der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden verarbeitet um

- Ihren individuellen Leistungsanspruch zu ermitteln,

- zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorliegen,

- die Leistungsgewährung mit den Trägern anderer Sozial- oder Rehabilitationsleistungen zu koordinieren,

- die Leistungen mit anderen abzurechnen (insbesondere bei der Hilfe zur Pflege mit den Pflegeeinrichtungen) und den Nachrang der Sozialhilfe wiederherzustellen.

# Rechtsgrundlage

Ihre personenbezogenen Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und Absatz 2 DSGVO sowie §§ 3,4 des Landesdatenschutzgesetzes S-H. und Art. 9 Abs. 2 DSGVO in Verbindung mit §§ 67 ff Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SBG X) und nachfolgenden Rechtsvorschriften des SBG XII verarbeitet:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27-40 SGB XII),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41-46 SGB),
- Hilfen zur Gesundheit (§§ 47-52 SGB XII),
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53-60 SGB XII),
- Hilfe zur Pflege (§§ 61-66 SGB XII),
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67-69 SGB XII),
- Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70-74 SGB XII),
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

# Datenquellen

- Erhebung bei den Betroffenen,
- Rentenauskunftsverfahren des Rentenversicherungsträgers,
- Sozialhilfedatenabgleich,
- Ausländerzentralregister,
- Grundbuchamt,
- Meldebehörden,
- Gesundheitsämter,
- Krankenanstalten,
- Kranken- und Pflegekassen,
- Jugendamt,
- Jobcenter,
- Finanzamt,
- Familienkasse.

## Datenkategorien

- Daten zur Person (Stamm- und Kommunikationsdaten),

- Legitimationsdaten,

- Daten zum Versicherungsverhältnis,

- Daten zur finanziellen Situation,

- Leistungs-, Versorgungs- und Abrechnungsdaten,

- Gesundheitsdaten,

- Daten zu Behinderung,

- Daten zur Lebens- bzw. Hilfesituation,

- Daten zum gesetzlichen Vertreter,

- Daten zu Leistungserbringern,

- Daten zum Beratungsanlass und zur Antragstellung,

 Daten der Hilfeplanung.

## Regelfristen für die Löschung

Jede Prüfung, jede Unterkunftskostenänderung, jede Einkommensänderung ff. wird als Vorgang gesehen und so lange gespeichert, bis Ihr gesamter Fall eingestellt wird. Nach endgültiger Falleinstellung erfolgt die Datenspeicherung für 10 Jahre (endgültig eingestellt bedeutet, Sie sind nicht mehr im Rahmen des SGB XII hilfebedürftig).Sofern Unterhaltsprüfungen mit vollstreckbaren Titeln durchgeführt werden beträgt die Aufbewahrungsfrist 30 Jahre

## Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

-Träger anderer Sozial- oder Rehabilitationsleistungen,
-Sozialamt und Unterhaltsvorschusskasse des Kreises Steinburg,
-Familienkasse,
-Unterhalts- oder Kostenerstattungspflichtige,
- Banken und Sparkassen (im Rahmen der Leistungszahlung),
- Landes- und Bundesamt für Statistik,
- Gerichte, im Rahmen einer Klage.
- Deutsche Rentenversicherung

## Recht auf Widerruf

Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

## Recht auf Auskunft

Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.

## Recht auf Berichtigung

Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung gemäß Art.16 DSGVO, das heißt, Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.

## Recht auf Löschung

Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

## Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art.18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

## Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen, es sei denn, der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

## Recht auf Datenübertragbarkeit

Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Dieses betrifft auch Daten, die auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden.

Sie können eine Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.

Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Wenn Sie hiervon Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per Email oder schriftlich an die verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung und/oder an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle.

# Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Betroffene der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, können sie sich gem. Art. 38 Abs. 4 DSGVO an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle der Datenverarbeitung oder nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein
Marit Hansen
Postfach 71 16
24171 Kiel
Holstenstraße 98
24103 Kiel
Telefon: 04 31/988-12 00
Telefax: 04 31/988-12 23
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de
Homepage:
https://www.datenschutzzentrum.de/